

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis für den Monat April Mark 2800.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlandischen Verkehr 2800.— zuzügl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 100 Mk. ; Girokonto Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigst. Wildb.
Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren
Raum Mk. 130 —, auswärts Mk. 150.—, Reklame-
zeile 350 Mk. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Inserate u. bei Anstufertellung werden
jeweils 75 Pct. mehr berechnet. Schluss der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. In Kontur-
fällen oder wenn gerichtliche Vortreibung notwendig
wird, fällt jede Nachahmung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 93

Gericht 179

Wildbad, Montag, den 23. April 1923

Gericht 179

58. Jahrgang

Der Leerlauf in der deutschen Volkswirtschaft

Von Prof. Dr. Ernst Schultze,
Rektor an der Handelshochschule, Leipzig

Der Sozialismus sagt: der Lohnarbeiter sei zur Mehrarbeit gezwungen. Heute ist daraus die Leerarbeit geworden. Statt nach dem wirtschaftlichen Grundsatz zu handeln, der die großartigsten technischen und wirtschaftlichen Fortschritte gebracht hat, ist in der deutschen Volkswirtschaft mehr denn früher eine Leerarbeit üblich geworden, die sie mit toten Köpfen von gewaltiger Höhe belastet. Worin besteht sie? Einige der wichtigsten Elemente des Leerlaufs sind die folgenden.

Die Zahl der Vermittler ist unnötig gestiegen. Zwischen Erzeugern und Verbrauchern haben sich Duzende von Zwischengliedern geschoben. Der Weg, den die Ware von der Erzeugung zum Verbrauch zurücklegt, ist unwirtschaftlich verlängert und mit Unkosten gepflastert. Zum einen Teil ist das eine Folge der Zwangswirtschaft, zum anderen verschärft die Hamsterei das Übel, die ihrerseits durch den Wunsch hervorgerufen wird, an der fortschreitenden Geldentwertung zu verdienen.

Riesengroß ist die Zahl der Menschen, die mit der Herstellung von Zahlungsmitteln oder mit der Handhabung ihres Umlaufs beschäftigt sind: in Papierfabriken und den vorgelagerten Kohlstoffbetrieben, in Zettelgeld-druckereien, Banken und Kassenstellen. Im volkswirtschaftlichen Sinn wirken diese Betriebe produktiv nur, soweit sie die Gütererzeugung befördern. Brechen wir für diesen Vorgang heute eine Menschenzahl, die sich bei bescheidener Rechnung auf das Fünffache der Vergleichsziffern vor dem Krieg beläuft, so steht dieser Vermehrung die Ungesundheit an der Stirn geschrieben.

Die Ausblähung unseres Aktienwesens beschäftigt gänzlich unproduktiv eine Anzahl von Menschen mit dem Druck neuer Aktien, mit dem Handel darin und (zumal infolge der unaufhörlichen Ausgabe von Bezugsrechten) mit der privatwirtschaftlich wie volkswirtschaftlich gleich verhängnisvollen Spekulation. Die Börseneinrichtungen reichen kaum zu, um dem Andrang zu genügen, der sich stehweise in Hause-Bewegungen über den deutschen Geldmarkt ergießt. Die Zahl der Börsenläufer mußte verringert werden, um den überlasteten Börsenmaklern und Bankangestellten das Aufarbeiten der Käufe und Verkäufe zu ermöglichen. Die Aktienbesitzer brüten stundenlang über dem Kurszettel und schieben nach den Börsenberichten. Vom Morgen bis zum Abend suchen sie von Eingeweihten „Tipp“ zu erhalten, wo sich ein heißer Gewinn machen läßt. Die Zeit und Kraft, die darüber verloren gehen, sind kaum zu schätzen. Jeder Vorgelehrte weiß, wie ungünstig die Aufmerksamkeit dadurch beeinflusst wird. Es gibt Berufsbezüge, die fast völlig im Bann der Spekulation liegen. Zwar dürfte auch in Deutschland der Zeitpunkt herannahe, der in Österreich schon eingetreten ist, da die Spekulationsgewinne infolge der Aufzehrung der ökonomischen Substanz aufhören. Bis dahin aber wird schon infolge der Ausgabe neuer Aktien eine riesenhafte Leerarbeit geleistet.

Ein schweres Hemmnis der produktiven Arbeit ist der Leerlauf der Untätigkeit, von der Bummel bis zur absichtlichen Nichtarbeit. In manchen amtlichen Schreibstuben konnte man diese Erscheinung schon vor 1914. Während des Krieges hat sie sich vor allem durch die vielen neu eingestellten jugendlichen Kräfte beiderlei Geschlechts bedenklich vermehrt, die ohne Schulung vor Aufgaben gestellt wurden, die mit einer gewissen Autorität gegenüber dem Publikum verbunden und zugleich oft viel zu hoch bezahlt waren. Beides zusammen verleiht nur ein fester Charakter.

Wie der Revolutionsrausch alsdann die Arbeitsleistung fast überall herabsetzte, ist zur Genüge bekannt. Diese Art des Leerlaufs staatswirtschaftlich und privatwirtschaftlich zu beseitigen, ist eine Aufgabe von unendlicher Bedeutung, aber auch von außerordentlicher Schwere. Das ausgebildete Kontrollsystem allein kann die Heilung nicht bringen, falls nicht eine innere Wandlung erfolgt. Niemals ist es in Deutschland zu einer solchen Kunst der Leerarbeit gebracht worden, wie z. B. bei manchen öffentlichen Poststandsarbeiten, bei denen innerhalb 8 Stunden kaum mehr als 50 Spatenstiche gemacht werden.

Die Berechnungen und Verhandlungen über Anpassung von Löhnen und Gehältern an die sinkende Kaufkraft des Geldes nehmen ungebührlich in Anspruch. Nachdem der Tarifgedanke im November 1918 endgültig gesiegt hatte und in den folgenden 2 Jahren die große Mehrzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Deutschland unter Tarifverträge kam, hätte man erwarten können, daß fortan nur noch ein Mindestmaß von Lohnverhandlungen nötig wäre. Statt dessen sind sie (zumal seit dem Herbst 1921) in immer kürzeren Abständen aufeinander gefolgt. Betriebsräte und Gewerkschaftsführer und andere-

Tagespiegel

Die Bauarbeiter von Barmen und Elberfeld sind wegen Lohnforderungen, die auch vom Reichsarbeitsministerium abgelehnt wurden, in den Streik getreten.

Kardinal Schulte von Köln ist nach Rom abgereist.

Das englische Unterhaus hat einen Antrag, den Alkoholgenuss in England zu verbieten, mit 236 gegen 14 Stimmen abgelehnt.

Seit die Personalabteilungen der Betriebe haben vollauf zu tun, um die Lohnsätze und Nachzahlungen auf Grund des letzten Tarifvertrages zu berechnen, zugleich die nächste Verhandlung vorzubereiten und mit allen maßgebenden Stellen — die Zahl ist nicht gering — Fühlung zu nehmen. Aber auch die Lohnempfänger selbst verbrauchen ungemessene Zeit für diese Fragen. Obwohl ihnen die Arbeit durch das Tarifvertragswesen abgenommen ist, unterhalten sie sich tagaus, tagein ausführlich über die Lohnentwicklung. In den Betrieben gibt es große Beratungen, die Betriebsobleute hängen am Telefon, um mit verschiedenen Stellen in Fühlung zu bleiben. Ein Leerlauf riesenhafter Art! Es sei Liebhabern der Statistik überlassen, zu berechnen, wie viele Milliarden es die deutsche Volkswirtschaft kostet, wenn jeden Tag nur 15 Minuten der Arbeitszeit jedes einzelnen Lohn- und Gehaltsempfängers für Unterhaltungen über dieses unerlöbliche Thema verbraucht werden.

Trotzdem haben die Streiks nicht aufgehört. Was sie die deutsche Volkswirtschaft kosten, ist ebenfalls nur in Milliarden abzuschätzen. Zwar gibt es Anhänger des Streikgedankens, die glauben, er koste die Volkswirtschaft so gut wie nichts. Jede genauere Uebersetzung zeigt aber, und jede Berechnung bestätigt es, daß dieser Leerlauf die Produktion empfindlich schwächt. Der deutsche Wechselkurs wäre nicht so in den Abgrund gestunken, hätten nicht unaufhörliche Arbeitseinstellungen dazu beigetragen. Daß der Abschluß von Tarifverträgen uns von diesem Leerlauf nicht befreit, während er durch andere Ursachen eingedämmt wird — am sichersten durch fortschreitende Teuerung —, hat sich unzweifelhaft erwiesen.

Aus unserer politischen und wirtschaftlichen Organisation ist vielfach eine Ueberorganisation geworden. Die Mechanik der Kriegswirtschaft glaubte die Zwangsläufigkeit der Erzeugung und Bewegung der Wirtschaftsgüter am sichersten durch das Einschleichen zahlreicher Verwaltungs- und Ueberwachungsstellen in den Ablauf der wirtschaftlichen Vorgänge durchzusetzen. So entstanden Hunderte von Kriegsgesellschaften, die als ungeheuerliche Wasserköpfe alle Gütererzeugung und allen Güterumsatz überwucherten. Wie alles Uebergeschaffene wurden sie alsbald zum Selbstzweck. Sie wieder zu beseitigen, war daher außerst schwer. Selbst nachdem diese Aufgabe in jahrelanger Arbeit größtenteils gelungen ist, ist die Neigung zur Ueberorganisation zurückgeblieben. Sie wurzelt einerseits in den öffentlichen Körperlichkeiten, andererseits in den Wirtschaftsverbänden. In beiden blüht die Bureaucratie. Die Zahl der Ministerien, der aktiven und inaktiven Minister, das Millionenheer der Beamtenhierarchie vom Ministerialdirektor bis zum Kanzleidner, nein, bis zur behördlichen Scheuerfrau, verbraucht gewaltige Kräfte.

Die Ueberproduktion an Gesetzen und Verordnungen tut das Menschennögliche, um jedermann in Deutschland zur Leerarbeit zu zwingen. Eine Steuererklärung abzugeben, war schon vor dem Krieg nicht einfach; immerhin war die Arbeit für den Durchschnittsmenschen in ein paar Stunden getan. Heute sind mehrere Tage erforderlich, um solche Riesearbeit zu vollenden. Viele Bogen sind vollzuschreiben, bevor die Steuerbehörde anerkennt, daß Antwort auf alle ihre Fragen gegeben ist. Nicht selten folgt eine hochnotpeinliche Vernehmung des Steuerpflichtigen, um ihn auf Herz und Nieren zu prüfen. Meist darf er im Vorzimmer längere Zeit warten, in der Regel bringt er nach Hause den Auftrag zu neuer schriftlicher Arbeit mit.

Nicht minder ist in den Betrieben gewaltige Zeit für die Steuerarbeit erforderlich. Höchst erspinnerlich hat der Staat, um sich zu entlasten, die Einhebung des Steuerabzugs vom Lohn und Gehalt den Betrieben zugehoben. Diese Arbeit wird ihnen nicht vergolten, der Staat fordert sie kraft seiner Gesetzesherrschaft unentgeltlich. Mühe er sie selbst leisten, so würde sie sicher doppelt und dreifach so teuer werden und sehr viel langsamer vor sich gehen. Trotzdem bedeutet die Einhebung der Lohnsteuer in den Betrieben, zumal da Lohn und Gehalt angesichts der Geldentwertung in immer kürzeren Zwischenräumen gezahlt werden, für die Volkswirtschaft eine schwere Belastung.

Auch für die inzwischen wieder zum Stillstand gebrachte Kapitalertragssteuer galt dasselbe. Auch hier hatte der Staat durch ein Zwangsgesetz die Arbeit von sich geworfen und den Banken auferlegt. Je mehr Wert-

papiere von ihnen zu verwalten sind, desto größer wurde die Arbeit. Würde den Wertpapieren wenigstens noch ein bedeutender Wert inne wohnen, so ließe sich das volkswirtschaftlich ertragen. In Wirklichkeit aber sind die wertvollen Papiere (zumal der bei weitem größte Teil der ausländischen) Deutschland verloren gegangen, und die verbleibenden werden durch Kapitalverwässerung oder (soweit es sich um staatliche und städtische Anleihen handelt) durch staatliche Geldentwertung ausgehöhlt. So zerbröckelt der deutsche Kapitalbesitz, während die Banken eine wachsende Leerarbeit an Bergen von Wertpapieren zu leisten haben und der Staat von ihnen die Einhebung einer Kapitalertragssteuer verlangt, die (umgerechnet in Goldmark) für die meisten Dividendenbesitzer höchstens ein paar Pfennig beträgt.

Die grenzenlose Verarmung des deutschen Volks hindert es, nach Mitteln und Wegen zu suchen, alle die Leerarbeit nach Möglichkeit einzuschränken. Im letzten Jahr hat unsere Wirtschaftspolitik kaum versucht, dieser Aufgabe zu genügen. Es wird höchste Zeit, daß sie sich ihrer annimt.

Der neue Marksturz

Erklärungen und Gründe

Der neue Marksturz hat in allen denjenigen Kreisen des deutschen Volks, die auf das Wunderbare eines baldigen Währungsstillstands gewartet hatten, eine Stimmung des Entsetzens ausgelöst, eine Stimmung, die sich bei Lohnempfängern, Mittelständlern und Kleinrentnern zur Verzweiflung steigerte. Man verlangte stürmisch von den Behörden und von der Presse eine Auskunft. Die Antworten fielen sehr verschieden aus, je nachdem es galt, eine politische oder eine finanzkundige Erklärung zu geben. Auf dem Gebiet der Politik deutete man bald nach außen, bald nach innen. Französische Bankkreise, so wurde nachgewiesen, haben für 900 000 Pfund Sterling Reichsmark auf den internationalen Markt geworfen, um die Stützungsaktion der deutschen Reichsbank zu unterwühlen und den Widerstand an der Ruhr zu brechen. Diese Kriegskrieg würde ganz gut zu dem französischen Diebstahl von Banknoten-Druckplatten passen. Man verleiht der Ruhrfront einen Dolchstoß in den Rücken. Zu solchem Manöver gehören aber doch größere Mittel, als die französische Regierung zurzeit ausbringen kann. Sie möchte wohl, aber sie schafft es nicht.

Erster zu nehmen war der Verdacht, daß der neue Marksturz einem innerpolitischen Vorstoß zu verdanken sei. Die deutsche Großindustrie sei es gewesen, die zur Wiedererlangung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt, d. h. zur Hebung der Ausfuhr eine neue Marktsenkung in Gang bringen wollte. Besonders englische Beobachter der Berliner Börsenorgane machten sich diese Anschauung zu eigen und drückten ihren Londonern Blättern, daß Großhandel und Fabrikantentum einen heimlichen Feldzug gegen die Reichsbank vorbereitet hätten. Ein Fiesendebat von ausländischen Devisen sei eine Zeitlang absichtlich zurückgehalten worden, um plötzlich als Massenvorstoß auf die Bestände der Reichsbank losgelassen zu werden und so mit einem Schlag den Wertstand des Dollars um 10 000 Mark zu erhöhen. Bei diesem Feldzug sei die bisher ein wenig notleidende Börsenspekulation, die auf allen Märkten Bewegung braucht und zu erzeugen sucht, als willige Bundesgenossin beigeprungen.

Bei dieser Enthüllung ist Wahres mit Falschem gemischt. Der Börsenspekulation ist natürlich alles zuzutrauen. Sie lebte eine gewisse Zeit hindurch von dem Niedergang der deutschen Währung herlich und in Freuden. Man kann von ihr keine hemmenden vaterländischen Gefühle erwarten. Bei der deutschen Industrie ist es etwas anderes. Sie ist mit dem Ruhrkrieg und dessen Ausgang derart verflochten, daß sie gerne Opfer bringt und Politik auf weite Sicht macht. Jedenfalls steht die deutsche Großindustrie zurzeit durchaus auf Seiten der Regierung und unterstützt diese tatkräftig in ihrem Kampf um die Rettung der Valuta. Richtig ist nur, daß die mittlere Industrie in ihrer Ausfuhrnot schon vor einigen Wochen die Reichsbank ersucht hat, wenigstens eine kleine Steigerung der ausländischen Devisenkurse zuzulassen, damit die drohende Abfall- und Produktionsstrie sich nicht für den Sommer und Herbst zur Katastrophe verhärtet. Die Reichsbank hat die englischen Gemüter zu beruhigen versucht. (Daher die albernen Gerüchte von Abmachungen und heimlichen Verschönerungen der Reichsbank mit lenkungsstärkenden Exporttreifen). Die Reichsbank hat bestimmt erklärt, daß billige Lebensmittelpflege und Beruhigung der Arbeitnehmers während des Ruhrkriegs wichtiger seien als andere Rücksichten. Damit stellte sie sich innerpolitisch entschlossen auf die Seite derjenigen Volksteile, die ihr Vertrauen auf die Stützungs- und Festigungspläne der Regierung gesetzt haben.

Über die Reichsbank ist, und damit kommen wir auf die

finanztechnischen Erklärungen des neuen Marksturzes, zu einer anderen Form ihrer Stützung übergegangen, und der Kauf, den sie sich selbst gegeben hat, löste den bedauerlichen Spekulationssturm aus. Sie wollte nicht länger zusehen, wie sich immer weitere Hamster- und Spekulationskreise bei gleichbleibendem Dollarstand gleichsam auf Kosten der amtlichen Devisenbestände bereicherten. Sie ließ also die Regel locken, hielt mit ihren Vorräten zurück, „reparierte“, wie der börsenmäßige Ausdruck lautet, und gestattete dem freien Devisenhandel, sich bei steigenden Kursen selbst zu laufen. Sie „versagte“ nicht, weil sie am Ende ihrer Kraft angelangt gewesen wäre, sondern weil sie ihre Reserven schonen will, um sie in plötzlichen Vorstößen und im Endkampf einzusetzen. Dies die amtliche Ausdeutung des neuen Verfahrens. Es besteht kein Grund, sie für eine Entschuldigung oder Ausrede zu halten. Aber die Öffentlichkeit erwartet außer diesen Generalstabsberichten der Reichsbank doch auch wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung, durch die der Kampf um die Devisen in ein ruhigeres Fahrwasser geleitet wird. Am Zug zu handeln, sind jetzt das Reichsfinanzministerium und das Reichskabinett.

Die amerikanische Hilfe für Deutschland

Am Donnerstag sagte der Abgeordnete Lauscher (Str.) im Reichstag: „Amerika steht an der Spitze aller Völker in der humanitären Hilfe für unsere Notleidenden.“ Der Satz ist gefährlich, und er ist falsch. Gefährlich deswegen, weil viele der unfeigen wieder einmal mit ihren Hoffnungen auf das großherzige Land verwiesen werden, um lediglich eine neue Enttäuschung zu erleben, und er ist falsch, weil Amerika tatsächlich für unsere Notleidenden überhaupt nichts getan hat. Was bisher von drüben geleistet worden ist, und es ist unendlich viel, das darf und kann nicht Amerika zugeschrieben werden, sondern einzig und allein den Deutschamerikanern. Das Zentrumblatt „Germania“ hat in einem Bericht des Professors Hengsbach über seine amerikanischen Reiseindrücke am 8. März dieses Jahres festgestellt, daß sogar die katholischen Kolumbusritter den Deutschen nicht gerecht werden, „denn es zeugt nicht von Neutralität, wenn sie den belgischen Erzbischof Mercier überschmeicheln dem Kommissar, den Marschall nach zu ihrem Ehrenmitglied ernennen oder gar für das Verdienst des Marquis Lafayette einen Beitrag von 65 000 Dollar leisten, während sie für das mittlereuropäische Elend keinen Heller übrig haben.“ Auf protestantischer Seite verhält man sich genau ebenso, soweit es sich nicht um deutsche Protestanten handelt, und das amtliche Amerika hat noch keinen Finger gerührt, um sich „an die Spitze aller Völker in der humanitären Hilfe für unsere Notleidenden“ zu stellen. Ja, nicht einmal das amerikanische Rote Kreuz, das in den neutralen Zeiten Amerikas sich als Retterungsanstalt betätigt hatte, hatte etwas für die deutsche Not übrig, bis es endlich am 5. Januar einmal dem deutschen Roten Kreuz 25 000 Dollar zukommen ließ. Die Chicagoer „Abendpost“ stellte fest, daß die einzige Organisation, die etwas tun könnte, nachdem der Kongress nichts getan hatte, das Rote Kreuz, ebenfalls nichts tue und auch gar nicht daran denke, etwas zu tun. Nach Armenien freilich fliehen die Spenden des Roten Kreuzes in ungeheurer Fülle: rund 15 Millionen Dollar hat man während der letzten zwölf Monate dahin geschickt und dazu 600 000 Tonnen Kleider und Schuhe in den letzten Monaten allein: Gemeinden und Privatleute aller Konfessionen wurden eruchtet, für je fünf Dollar monatlich armenische Kinder anzunehmen, und Hunderttausende von Kindern wurden auf diese Weise versorgt. Andere werden in Waisenhäusern, die man für sie errichtet, genährt und gepflegt, die armenische Regierung schenkte gar den Kaiserpalast auf Konstantinopel, in dem man 3000 Kinder untergebracht hat. Der Reichsminister Harding erließ zwei Verordnungen im Interesse der Armenier, und das Rote Kreuz verlor durch die Verweigerung seiner Unterstützung für die Bewilligung von mindestens 20 Millionen Dollar durch den nächsten Kongress. Und für Deutschland? Auch im Ruhrgebiet werden die Menschen zu Tausenden von Haus und Hof vertrieben, Familien werden ihrer Ernährer beraubt, und den Kindern wird die Milch genommen, damit die Herde der Franzosen Milch genug erhält. Für das amerikanische Rote Kreuz sieht das nicht, und die amerikanischen Geschichtsschreiber in Düsseldorf und Essen leben das auch nicht. Es sind ja nur Deutsche! Am 14. März 1923 berichtete der Milwaukee Herald, Handelssekretär Hoover habe entschieden in Abrede gestellt, daß zurzeit eine ausgedehnte Kindererziehung auf amerikanische Regierungskosten durch die American Relief Administration in Deutschland geplant sei. Nur im äußer-

sten Fall, wenn es in Deutschland zu einer wirklichen Hungersnot kommen sollte, soll eine Hilfsaktion von seiten der amerikanischen Regierung in Erwägung gezogen werden, weil immer noch sehr einflussreiche Interessen und zahlreiche „Patrioten“, namentlich aber Fraueneinigungen politischer Art, entschieden gegen eine Hilfeleistung dem früheren Feind gegenüber seien.

Verhöhnung von Deutschen gegen Deutsche — das letzte Mittel

Vom Aufruhr

Mülheim a. Ruhr, 22. April. In den Straßenkämpfen am 19. April hatten, wie berichtet wird, die Kommunisten und Syndikalistinnen 4 bis 5 Tote und ziemlich viele Verwundete, deren Zahl aber nicht festzustellen ist, da sie bei den Franzosen sichere Unterkunft gefunden haben. Von den Polizeibeamten sind 6 verwundet, 50 Revolutionäre wurden gefangen, darunter der Rädelsführer Max Kropp. Ein weiterer Rädelsführer, der schon schwer mit Zuchthaus bestraft ist und bei der Revolution 1918 Führer einer ausländischen Matrosenabteilung war, wurde bei seiner Verhaftung nach heftiger Gegenwehr erschossen. Zwei deutsche Kriminalbeamte, die den Aufrührern in die Hände fielen und von diesen den Franzosen ausgeliefert worden waren, sind in französischer Gefangenschaft gehalten worden, weil sie Revolver bei sich führten (!). Es wird berichtet, daß die Franzosen auf die Gefangennahme des Kriminalbeamten Winholt, der sich im belagerten Rathaus befand, eine Belohnung von 1 Million Mark ausgesetzt haben. Es ist nicht zu bezweifeln, daß der Aufruhr von den Franzosen angezettelt worden ist.

Auch in Barmen sind die Arbeitslosen zu Ausschreitungen aufgereizt worden.

Gesprenge Brücke

Essen, 22. April. In der Nacht zum Samstag ist die Eisenbahnbrücke beim Bahnhof Vorhalle gesprengt worden.

Die Ausweisungen

Koblenz, 22. April. Die Rheinlandkommission hat in den letzten Tagen wieder die sofortige Ausweisung von 1400 Eisenbahnern verfügt, die Familien müssen binnen 4 Tagen nachfolgen. Insgesamt sind 23 400 Personen bis jetzt ausgewiesen, darunter 33 Redakteure, 16 Verleger, 11 evangelische und 5 katholische Geistliche (auch der Jesuitenpater Madermann), über 30 Ärzte, 150 Lehrpersonen und über 300 junge Leute von 15 bis 19 Jahren.

Essen, 22. April. In der Wohnung des verhafteten Betriebsassistenten Jansen in Schmidtheim erpressten 20 eingebrachte farbige Franzosen von der Frau Geld, „ebens- mittel und andere Gegenstände.“

Kreuznach, 22. April. Auf Grund von Angebereien haben die Franzosen im Bezirk mehrere Mitglieder des Landbundes ausgewiesen.

Mainz, 22. April. In Alzen bei Worms wurden sämtliche Lehrer ausgewiesen. Ein Lehrer wurde von den französischen Soldaten aus der Kirche von der Konfirmation seiner Tochter weggeschleppt. In Gauagesheim wurde der Notar Gärtner ebenfalls während des Gottesdienstes in der Kirche verhaftet. — Aus dem Ruhrgebiet mehren sich die Klagen, daß französische Offiziere mit der Reitpeitsche unter dem Arm im Gottesdienst erscheinen, um die Predigten zu überwachen. In vielen Fällen wurde auf Grund ihrer Berichte den Pfarrern Ausweisung angedroht.

Richter als Mordheger

Duisburg, 22. April. Ein Kraftwagenführer, an dessen Auto einige Pferde einer vorbeimarschierenden belgischen Abteilung scheiterten, wurde zu 8 Tagen Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Vorsitzende des Militärgerichts, der belgische Oberst Houblan, sagte zu dem Angeklagten: „Seien Sie froh, daß ich nicht der gestürzte Soldat war, sonst hätte ich Sie über den Haufen geknallt.“ Den als Zeuge vernommenen belgischen Soldaten fragte der Oberst: „Haben Sie keinen Revolver bei sich gehabt?“ Als der Soldat dies verneinte, sagte der Vorsitzende: „Schade sonst hätten Sie dem Kerl eine Kugel durch den Kopf jagen können, denn es ist richtiger, daß ein Deutscher erschossen wird, als daß durch dessen Schuld ein belgischer Soldat vom Pferde stürzt.“ — Es wäre schade, wenn man die Wirkung dieser echten Zeichen französisch-belgischer Einigkeit und Denkart durch weitere Bemerkungen abschwächen würde.

Freiburg, 22. April. Die Franzosen haben den Befehl gegeben, daß zum besetzten Gebiet gehören: Ortenberg, Ebersweier, Kammersweier, Zell-Weierbach, Fessenbach, Urtsföfen, Schutterwald und Eigenweier, obgleich diese Orte keine feindlichen Truppen haben. Dies geschah in der Absicht, die zweigleisige Schwarzwaldbahn Hausach-Billingen-Singen-Konstanz in der Station Ortenberg in die Gewalt zu bekommen.

Offenburg, 22. April. Die Franzosen haben in den letzten Tagen fünf junge Leute verhaftet, die nächstlicherweile in den städtischen Anlagen mehreren Mädchen die Zöpfe abgesehritten haben, weil sie diese dabei erwischten, wie sie sich mit Franzosen abgaben. Auf das furchtbare Geschrei der also Bestraften alarmierten die Franzosen fast die gesamte „Garnison“. Die mutmaßlichen Täter wurden verhaftet und nach Rehl transportiert.

Curzon für ein deutsch-französisches „Konkordat“

London, 22. April. Im Oberhaus sagte der Minister für Auswärtiges, Lord Curzon, er habe immer der deutschen Reichsregierung den Rat gegeben, Frankreich oder den Verbündeten einen Entschädigungsvorschlag mit Bürgschaft für die Fortsetzung der Zahlungen zu machen, und er zweifle nicht, daß wenn die Summe durch Sachverständige festgestellt würde, ein Fortschritt erzielt werde. Dann werde sich Englands Hilfe für beide Parteien zeigen. Zwischen beiden Ländern müsse eine Art von Konkordat hergestellt werden. Die „Sicherheiten“ können nicht auf Kosten einer Zerstückelung Deutschlands durchgeführt werden, sie müssen vielmehr gegenseitig sein. Deutschland habe dem Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes zugestimmt, aber Amerika sei nicht mehr darauf zurückgekommen und Paris habe ihn abgelehnt. Deutschland habe eine überraschende Widerstandskraft gezeigt und die öffentliche Meinung stehe durchaus hinter der Reichsregierung, aber die finanzielle Lage sei besorgniserregend. Offenbar seien beide Parteien jetzt auf einem toten Punkt angelangt. Die bisherige Zurückhaltung Englands sei richtig gewesen, er glaube aber Anzeichen von beiden Seiten wahrgenommen zu haben für eine Bereitschaft, sich zu einer Prüfung der Bedingungen für eine fruchtige Regelung zusammenbringen zu lassen. Die Zeit werde kommen, wo Englands Einfluß in dieser Richtung mit Nutzen eingesetzt werden könne.

Neue Nachrichten

Testa beim Reichspräsidenten

Berlin, 22. April. Der Reichspräsident hat am Freitag in Gegenwart des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns den Besuch des päpstlichen Sondergesandten Testa empfangen.

Freilassung eines Spionen

Elbing, 22. April. Der verhaftete Pariser Zeitungsberichterstatter Labourel ist aus der Haft entlassen worden. Labourel war wegen unerlaubter Ueberschreitung der ostpreussischen Grenze bestraft worden. In seinem Tagebuch fanden sich genaue Aufzeichnungen über deutsche militärische Angelegenheiten, Verteilung der Reichswehrgarnisonen u. a.

Parteiverbot

Dresden, 22. April. Wie die L. N. N. melden, erklärte der neue sächsische Innenminister Liebmann, die Deutschvölkische Freiheitspartei sei in Sachsen verboten worden, weil sie eine Fortführung der Nationalsozialistischen Partei sei. Die Deutschvölkische Partei werde sich voraussichtlich in der Deutschnationalen Volkspartei sammeln, daher werde es das Richtige sein, auch die Deutschnationale Volkspartei in Sachsen zu verbieten. — Der Herr Liebmann scheint das Spielen mit dem Feuer für eine ungefährliche Sache zu halten.

Württemberg

Stuttgart, 21. April. Der bayerische Ministerpräsident v. Knilling traf gestern zum Besuch der würt. Staatsregierung in Stuttgart ein.

Die Abrundung beim Steuerabzug vom Arbeitslohn ist bei jeder nach dem 20. April erfolgenden Lohnzahlung künftig auf die nächsten vollen 10 Mark nach unten vorzunehmen. Die Zuständigkeit der Gemeindegemeinschaft soll nach einem Gesetzentwurf des würt. Staatsministeriums in großen und mittleren Städten sowie in Gemeinden 1. Kl. auf 30 000 M., in Gemeinden 2. Kl. auf 20 000 M. und in Gemeinden 3. Kl. auf 10 000 M. Streitwert ausgedehnt werden.

Gaisdorf, 22. April. Genehmigte Stiftung. Die

Blaubart.

83) Roman von Marianne Lewis.

Das Wohlgefallen schien allerseits sehr groß zu sein, spiegelte sich auch in Altmatts Augen und besiegte die trüben Erinnerungen.

Thea hatte einschlichten, Baden, Tannenbäume pflanzen, Gaben verteilen geholfen. Und ihr Herz war bei der schönen vielfachen Betätigung der Nächstenliebe weit und voller Sehnsucht nach der Dauer solchen Glücks geworden.

Kemmermann hat recht, dachte sie. Eine Wirksamkeit auf einer großen ländlichen Begüterung wäre nach meinem Sinn! Es liegt etwas Königliches darin. Der Gutsherr ist doch immer noch ein Fürst auf der eigenen Scholle. Und der reiche Bewohner eines höchstbezahlten ersten Stockes in der feinsten Großstadtgegend ein armseliger Patron gegen diese Reichsunmittelbarkeit! Kommt die Liebe zum Besitz, so kann das Leben paradiesisch sein.

Weiter zu denken verbot sie sich. Aber sie konnte nicht hindern, daß hinter der klaren, festen Glaswand „vernünftiger“ Gedanken ein geheimnisvoll verklärtes Wesen lag und an einem goldenen Glückstraume spann. —

Auch am Altjahresabend weilten Altmatt und Donata unter den Freunden um Punschbowle und Pfannkuchenschüssel.

Und als gegen Mitternacht die Fenster geöffnet und mit den Glockenklängen der nahen Dorfkirche das reifduftende neue Jahr eingelassen wurde, wünschte der Rat in einer kleinen frischen Rede allen Versammelten das Beste: ein friedliches Glück in ihrem Heim.

Altmatts Glas klang an Theas. Ihrer beider Augen begegneten sich. Und was noch lange nicht oder vielleicht nie in Worten ausgesprochen werden durfte, lag in beider Widen.

Das Bekenntnis: Dein Glück ohne dich! —

Das lange Gras an lichten Stellen des Holzes war bereits abgestorben und bildete Gerüstwerkzeugen ein warmes Nestgewirr, in dem die Septembersonne den Tag über gebrütet hatte. Thea war wieder in Kobzels Nähe und strich mit der blonden Hand die weichen, huckeligen Falte eines flachen Hügel aus einander, um her Grund zu betreten, auf dem sie niedrige Pflanzchen vermutete.

Plötzlich rief Altmatt aus ziemlicher Entfernung hinter: „Vorsicht — Kreuzottern!“

Aber die Warnung kam zu spät. Thea vernahm ein Rascheln und empfand, ehe sie die Hand zurückziehen konnte, einen leichten Schmerz am felsigen Augenrande des Handtellers. Kobzels Schlag fast zugleich mit seinem Stöße nach dem davonschlingelnden Reptil, brach ihm die Wirbelsäule und stellte, ehe er den Kopf zerschmetterte, schnell fest, daß es sich wirklich um eine Kreuzotter handelte.

Thea hatte einen Schrei ausgestoßen und hielt Altmatt, der in großen Sähen herbeieilte, nämlich das gebissene Glied entgegen. Aus ihren entsetzten Augen, Kobzels Ausrufen und dem Aussehen des erschlagenen Tieres entnahm er, was geschehen sei.

Sein Gesicht war fahl geworden. Er besann sich keinen Augenblick. Ein Messer trug er in der Hand, da er nicht mit gelbroten Früchten behängte Pflanzengeweige für Donata und Blid geschnitten hatte. Er öffnete die kleinste, noch ganz blanke und wohl selten benutzte Klinge, die „scharf wie Gift“ sein mochte, führte damit über die kaum sichtbare Wundstelle einen kleinen Kreuzschnitt aus und sog nun das herborauellende Blut kräftig auf.

Thea, die sehr bleich geworden war, hielt ganz still. Donata reichte dem Vater zitternd ihr Batisttaschentuch,

das er zuweilen an den Mund drückte, worauf es sich blutig färbte.

Kobzel war ebenfalls sogleich zugesprungen: „Ich werde —“ Aber Altmatt hatte ihn zurückgeschoben. Nun sah der Ratse mit einem eigentümlich leuchtenden Ausdruck fest tierischen Reides in den kleinen Augen und um den sinnlichen Mund zu, wie Altmatt Theas Blut sog. Dann schien er sich zu besinnen und holte eine Flasche aus der Brusttasche, die er sich in Kobenwald von seiner Tante zu drei Vierteln mit reinem Spiritus hatte füllen lassen: er wollte nämlich auch Kobzel sammeln, konnte indes keine kelteneren Exemplare finden.

Schweigend ließ er nun in einem nahen Graben die Flasche voll Wasser laufen, so daß der Spiritus etwas verdünnt wurde, und hielt sie Thea an die Lippen: „Trinken Sie!“

Thea schauderte vor dem scharfen Alkoholgeruch zurück. Aber Altmatt mahnte: „Es muß sein!“ Er trank sie in kleinen Absätzen.

Blid und Donata waren schon nach den nahen Kemmermannschen Aedern, wo der Flug bereits bei Stopp umtrieb, geschickt worden. Sie hatten das Glück, Kemmermann auf seinem kleinen Feldwagen am Waldwege zu treffen. Denn der Rat wollte sich, ein wenig neugierig, bei Gelegenheit nach den Botanikern umsehen.

Er holte sofort Thea, die auf den Füßen schwankte, ab. Altmatt klemmte sich mit auf den schmalen Sitz, während der Rat den kleinen Wad einnahm.

Kobzel aber erbot sich, auf einem schnell abgeschirrten Ackerpferde voraus nach Kemmern zu reiten, dem städtischen Arzt der Kemmerns zu telefonieren und den Kraftwagen für ihn zu beordern.

(Fortsetzung folgt.)

von dem Grafen Gottfried von Bücker und Limpurg zu Gunsten der Beamten und Angestellten der Gräflich von Bücker und Limpurgischen Fideikommissverwaltung errichtet Pensionsfondsstiftung mit dem Sitz in Gaildorf hat die staatliche Genehmigung erhalten.

Geislingen, 22. April. Zigeunerplage. Eine Zigeunertruppe wurde vom bayerischen Wittlingen ins württ. Gebiet bei Geislingen abgehoben. Dabei mußte der Wachtmeister von der Waffe Gebrauch machen und schoß einen Zigeuner in den Fuß. Dieser wurde ins Bezirkskrankenhaus gebracht, die übrigen Zigeuner nach Alsen abgehoben.

Altmendingen, 22. April. Gut beherzigte Worte. Frhr. Hans Christoph von Freyberg auf Altmendingen hat für wohltätige Zwecke an Ostern 1 300 000 M. gestiftet. Davon sind 500 000 M. für die Ruhrspende, 500 000 M. für die Armen in Altmendingen und 300 000 M. für die Armen in Altheim O. A. E. Chingen bestimmt. Der Vorsitzende des Württ. Grundbesitzerverbands hat damit bewiesen, wie ernst er die Mahnung des Frhrn. v. Stauffenberg in der Generatorenversammlung des Grundbesitzerverbands aufgefaßt hat, der dort sagte: „Ich beschwöre Sie, seien Sie nicht kleinlich in der Hilfe. Vergessen Sie, daß Sie in Ihrer Jugend ertragen worden sind, mit dem Pfennig der Mark zu rechnen! Seien Sie sich selbst verschwendend, um zu helfen und lassen Sie sich immer nur eines Jähns nie versehen werden könnte, wenn Sie in dieser Zeit der Not reich geworden wären, wie die Händler, Schieber und Wucherschichten, die hoffentlich nichts weiter sind, als eine ephemere Schmarotzererscheinung am fronen Volkstörper.“

Stuttgart, 22. April. Diebesvoll. Die 30 Jahre alte Köchin Magdalena Jlg von Altdingen stahl mit ihrem Bräutigam Josef Stark in einer Stuttgarter Wirtschaft 900 000 Mark und gab davon auch ihrer Schwester und ihrem Schwager Gottlieb und Katharine Schneider einen Teil. Die Jlg ist eine straffällige Diebin. Das Schöffengericht verurteilte sie daher zu zwei Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust; Stark wandert auf ein Jahr ins Gefängnis und die Familie Schneider zahlt zusammen 100 000 Mark Geldstrafe.

75. Geburtstag. Der bekannte Industrielle und Kunstförderer Geh. Hofrat Dr. Ernst von Sieglin feierte gestern auf seiner Villa Weißenburg (an der Weinsteige) den 75. Geburtstag.

Oberselmingen, 21. April. Gemeinde-Vereinigung. Die Vereinigung der Gemeinden Ober- und Unterselmingen, Amtsoberamt Stuttgart, zu einer Gemeinde mit der Bezeichnung „Gemeinde Selmingen“ auf Grund der zwischen den beiden Gemeinden abgeschlossenen Vereinbarung mit Wirkung vom 1. April ab ist staatslicherseits genehmigt worden.

Überach, 22. April. Großer Gelddiebstahl. Einem der Ulmerstraße wohnenden Geschäftsinhaber wurde, solange er sich im oberen Stad bei Mittagessen befand, aus dem Tresor ein großer Betrag Bargeld im Betrag von 2 Millionen Mark gestohlen.

Baden

Karlsruhe, 22. April. Gestern nachmittag wurde im Rheinthalengebiet eine Anzahl von Personen festgenommen, die in dem Verdacht stehen, den Franzosen beim Abtransport von im Hafen liegenden Gütern Hilfe geleistet zu haben.

Heidelberg, 22. April. Der Mesner in der katholischen Kirche St. Bonifat (Weststadt) überraschte abends, hinter dem Altar versteckt, den 19 Jahre alten Buchbinder Otto Stegmeier aus Heidelberg, der die Bücher der Kirche rauben wollte. Obwohl der Mesner durch Schläge mit einer Eisenstange schwer verletzt wurde, konnte er die Verhaftung des Kirchenräubers bewirken.

Vom Bodensee, 22. April. Die beiden jungen Leute, die in einem Konstanz Gasthaus in Konstanz tot gefunden wurden, haben sich selbst vergiftet. Sie hatten einen Zettel auf den Tisch gelegt, auf dem sie die von ihnen in letzter Zeit begangenen Straftaten verzeichnet hatten. Die Liste ist nicht klein und nicht unbedeutend. Die beiden sind der 23jährige Metzger Friedr. Wilh. Dornfeld von Karlsruhe und der gleichaltrige Jakob Haberer von Tuttlingen.

Der Planet Saturn

Der geht an klaren Abenden seinen Blick zum südöstlichen Himmel wendet, der sieht hier schon frühzeitig zwei sehr helle Sterne hintereinander herauströhen. Der unterste, in starkem weißen Glanz funkende ist der Hauptstern im Bild der Jungfrau und heißt Spica; er bezeichnet die Aehre (Kornähre), die die Jungfrau oder auch Astria, die Göttin der Gerechtigkeit, in der Hand hält. Der oberste, in auffallend ruhigem gelblichen Licht strahlende Stern ist der Planet Saturn. Jener ein weitentlegener Stern, ein unserer Sonne gleichender gewaltig großer glühender Körper, dieser ein uns verhältnismäßig näher, viel winziger, in der Abkühlung schon weit fortgeschrittener Begleiter der Sonne.

Saturn steht uns gegenwärtig am nächsten — am 7. April befand er sich im Gegenstand zur Sonne — und weil während der ganzen Nacht über dem Gesichtskreis, die längste Zeit zusammen mit dem zwei Stunden später im Südosten erscheinenden glanzvollen Planeten Jupiter. Um Mitternacht erreicht Saturn seinen höchsten Stand im Süden, durchkreuzt er den Meridian, seine Sichtbarkeitsverhältnisse sind also jetzt am günstigsten. Dennoch muß sich jeder, der den Planeten erfolgreich beobachten will, eines recht guten Fernrohrs bedienen, das mindestens eine hundertfache Vergrößerung gestattet, denn die Kluft, die uns selbst unter so vorteilhaften Umständen noch von dem Saturn trennt, mißt nicht weniger als 8,65 Sonnenweiten oder Erdbahnhalbmessern, das sind über 1290 Millionen Kilometer. Im günstigsten Falle kann sich Saturn der Erde bis auf 1199 Millionen Kilometer nähern, im ungünstigsten Falle, d. h. wenn er jenseits der Sonne steht, aber bis auf 1658 Millionen Kilometer von der Erde entfernen. Wäre er nicht ein so mächtiger Körper, 763mal so groß als die Erde, nur noch übertröfen von dem uns näheren Jupiter, dann wäre es für die Fernrohrbeobachter nicht viel besser bestellt, als bei den zwei äußersten Planeten Uranus und Neptun.

Schon seit den frühesten Zeiten ist Saturn als *Saturnus* bekannt; die Chinesen nannten ihn im Altertum *Tien-sing*, d. h. den ewigen, immerwährenden Planeten, den Planeten der Herrschaft. Bei den Babyloniern hieß er *Naimanu*. Von seiner wahren Gestalt, insbesondere von dem Vorhandensein des ihn frei umschwebenden Ringsystems, gab erst das Fernrohr Kunde. Seitdem haben wir folgende kurze Entdeckungsgeschichte der Saturne zu verzeichnen: 1655 entdeckte Huygens die Hauptringe des Saturn, 1664 bemerkt Cassini, 1673 Picard, 1715

Cassini und Hadley, 1838 und 1839 Galle Spuren des inneren halbduktigen Rings, dessen Vorhandensein erst 1850 durch Bond festgestellt, und dessen Durchsichtigkeit um dieselbe Zeit von Dawes und Vassell nachgewiesen wird. 1665 findet Ball und 1675 Cassini und Maraldi die nach Cassini benannte Teilung des hellen Rings, so daß dieser also aus zwei konzentrischen Ringen bestehen mußte; ja Short und Hadley nahmen noch andere Trennungen wahr. Die zehn bekanntesten Monde des Saturn wurden in folgender Reihe entdeckt: Titan, der hellste von allen, 1665 von Huygens, Japetus 1671, Rhea 1672, Tethys und Dione 1684 von Cassini, Enceladus und Mimas 1789 von Herschel, Hyperion 1848 von Bond und Vassell, endlich die außerordentlich lichtschwachen Monde Phoebe 1897 und Themis 1905 von Pickering. Neuere Beobachtungen haben in Uebereinstimmung mit der Theorie, derzufolge die Ringe keine gleichartige feste Masse sein können, ergeben, daß die Ringe aus unzähligen kleinen Körpern (Mondchen) bestehen, die frei um die Saturnkugel kreisen.

Das riesenhafte Ringssystem, dessen äußerer Durchmesser 280 000 Kilometer beträgt, wendet uns während des 29 1/2 Erdenjahre betragenden Saturnumlaufs um die Sonne 14 1/2 Jahre lang die nördliche und 14 1/2 Jahre lang die südliche Fläche zu; zweimal blicken wir an die schmale Kante der Ringe, zweimal auf ihre breitesten Öffnung. 1921 wandten uns die Ringe zum letzten Mal ihre Kante zu, seitdem öffnen sie sich allmählich wieder und zeigen uns ihre Nordseite, um in reichlich 7 Jahren am breitesten zu erscheinen. So bietet uns Saturn im Lauf der Zeit immer neue Bilder, und wenn wir uns im Geist auf jene ferne große Welt verlegen und uns die Wunder seines „Himmels“ vorstellen, dann werden wir begreifen, wie ganz armüthlich dagegen der Erdenhimmel mit dem einen Mond erscheint. Eins aber werden wir dort schwer vermissen: unsere majestätische strahlende und wärmende Sonne; dem fernen Saturn leuchtet die Sonne nur als ein sehr großer Stern, und der hellste Mittag gleicht dort nur unserer Dämmerung.

Der Obstbau vor dem Ruin

Der Reichsernährungsminister hat an die Regierungen der Bundesstaaten ein Rundschreiben gerichtet, das auf die Gefahr hinweist, daß der deutsche Obstbau wegen Unrentabilität infolge der Zwangsrichtpreise stark eingeschränkt werden könnte. Auch der Reichswirtschaftsrat hat sich bereits mit der Frage beschäftigt, nachdem amtlich festgestellt worden war, daß allein in einigen Bezirken Brandenburgs mehr als 6000 Morgen Obst- und Gemüseanlagen im letzten Jahr eingegangen sind. Selbst in dem berühmten Obst- und Gemüseland Vierlanden bei Hamburg sind mehrere hundert Morgen „umgestellt“, die Gesamtzahl in Deutschland geht in die vielen Tausende von Morgen. In der Sitzung des Reichswirtschaftsrats vom 30. März d. J. erklärte denn auch der Vorsitzende des Reichsvorstands deutscher Konsumvereine, Rudeloff: Wenn wir das gewußt hätten, mit welchen Schwierigkeiten der Obst- und Gemüsebau zu kämpfen hat, so wollten wir gern mitarbeiten an der Ueberbrückung der Kluft zwischen Erzeugern und Verbrauchern. — In gewöhnlichen Jahren erzeugt Deutschland mehr Obst als es verbraucht. Bis 1914 ist auch in den Monaten Juni bis Dezember alljährlich viel Obst ausgeführt worden, während in den Monaten Januar bis Juni wieder amerikanisches Obst nach Deutschland kam. Der Wechsel findet seine natürliche Begründung in den klimatischen Verhältnissen usw. Nun ist aber jede Ausfuhr verboten, die Einfuhr vom Ausland steht dagegen offen. Ist es da verwunderlich, daß der Obstbau zugrunde geht namentlich bei der grundrassischen neuen Tarifpolitik der Eisenbahn, dank der die Fracht höher kommt als der Obst- und Gemüsepreis ist? Weh die Deffenlichkeit, daß im Jahr 1922 Milliardenwerte an Obst verloren gegangen sind, nicht in den Städten, sondern in Länderstrecken, die nicht unmittelbar an der Eisenbahn oder noch besser am Wasser liegen? Wie viel Brotgetreide und Getreide für die Einfuhr eingeführt werden können, wenn die ersten Qualitäten von Obst zu guten Preisen hätten ausgeführt und die andere Ware im Innern restlos verwertet werden können, statt zu verderben. Der Obstbau kann sich nicht „umstellen“ wie Handel und Industrie, er kann nur leben oder zugrunde gehen. So ist man gezwungen, Raubbau zu treiben, der sich im Obstbau viel nachhaltiger rächt als bei jedem anderen Bodenerzeugnis. Es war falsch, die Obstausfuhr ganz zu verbieten. Ist es für einen unparteiisch Denkenden ersichtlich, daß nicht wenigstens die Ausfuhr von Luxusfrüchten wie Weintrauben, Aprikosen und Pfirsiche freigelassen ist? N. B.

Geldentwertung und Umsatzsteuer

Das Gesetz vom 20. März 1923 betreffend die steuerliche Berücksichtigung der Geldentwertung hat auch auf dem Gebiet der Umsatzsteuer verschiedene Änderungen gebracht. Die wichtigsten, die insbesondere auch für den Landwirt von Bedeutung sind, seien hier kurz erwähnt:

1. Bei Abgabe der Jahres-Umsatzsteuererklärung ist gleichzeitig der Unterschied zwischen der aus dieser Steuererklärung sich berechnenden Steuer und der Summe der auf diese Steuer entrichteten Vorauszahlungen beim Finanzamt einzuzahlen. Für die Umsätze des Kalenderjahres 1922 hat diese Nachzahlung spätestens bis 15. April 1923 — in den kommenden Jahren je bis 31. Januar — zu geschehen.

2. Wer mit einer Steuerzahlung im Verzug bleibt, hat für jeden auf den Zeitpunkt der Fälligkeit folgenden angefangenen Kalendermonat einen Zuschlag von 15 v. H. des Rückstandes und falls die Zahlung länger als 3 Monate im Rückstand bleibt, 30 v. H. des Rückstandes zu zahlen. Beträgt der rückständige Betrag nicht mehr als 10 000 Mark, so ist er statt des Zuschlages mit 5 v. H. zu verzinsen.

3. Dieser Zuschlag — Ziffer 2 — wird insbesondere auch bei verspäteter Entrichtung der vorgeschriebenen vierteljährlichen Vorauszahlungen auf die Umsatzsteuer auferlegt. Diese Vorauszahlungen sind zugleich mit den Voranmeldungen über die im abgelaufenen Kalendervierteljahr erzielten Umsätze einschl. des Eigenverbrauchs innerhalb eines Monats nach Ablauf dieses Vierteljahres zu entrichten, also für das 1. Kalendervierteljahr 1923 bis spätestens 30. April 1923 usw.

4. Die bisher den pauschalisierten Landwirten eingeräumte Vergünstigung, die vierteljährliche Voranmeldung zu unterlassen, und lediglich jeweils ein Viertel der im Vorjahr angelegten Jahressteuer zu entrichten, ist zufolge Verfügung des Reichsministers der Finanzen heuer weggefallen. Es haben somit auch die pauschalisierten Landwirte die vierteljährlichen Voranmeldungen abzugeben. Der Landwirt, der keine Bücher führt, muß für die Voranmeldung jeweils die im letzten Vierteljahr vorerinnigten Entlaste einschl. des Eigenverbrauchs schätzen.

4. Ueberhaupt die am Jahresschluß vorzunehmende Veranlagung den Gesamtbetrag der Vorauszahlungen um mehr

als 20 v. H., so erhöht sich die Steuer um 10 v. H. des übersteigenden Betrags. Will der Landwirt also sich nicht der Gefahr dieses Zuschlages aussetzen, so wird er bestrebt sein müssen, seinen Vierteljahresumsatz einschl. des Eigenverbrauchs — d. h. des Betrags der im Haushalt verbrauchten Erzeugnisse des eigenen Betriebs — möglichst vollständig und der Wirklichkeit entsprechend in der Voranmeldung anzugeben.

Eine Botschaft des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirche

ep. Der Geschäftsführende Ausschuss des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirche, der mit Vertretern von 24 Ländern, von Deutschland Direktor D. Siederer, D. Stegmund-Schulke, Universitätsprof. D. Richter-Berlin am 16. 4. in Zürich zusammentrat, gab zu der kritischen Lage eine Erklärung ab, in der er die Christen aller Länder dringend bittet, im Geist Christi auf die Befreiung aller internationalen Streitigkeiten durch Methoden der Versöhnung und des Schiedsgerichtes hinzuwirken und bei jedem Volk die Billigkeit zu erwecken, für das allgemeine Wohl Opfer zu bringen. Er hofft, daß ein erweiterter und noch weiterer Weltbund sich als Mittel erweise, um die Weltfriedensfrage zu befriedigen und bezeichnet die Lösung der Entschärfungsfrage auf einer gefunden wirtschaftlichen Grundlage als den dringendsten Schritt zur Besserung des Verhältnisses zwischen Frankreich und Deutschland und zur Versöhnung Europas. Eine gerechte und dauernde Lösung aber, an der alle Kulturvölker ein Interesse haben, kann nach Meinung des Ausschusses nur durch eine unparteiische Instanz zustande gebracht werden.

ep. Der Evang.-soziale Kongress wird in der Pfingstwoche 23.—25. Mai in Herbolzheim tagen. Der weitere Ausschuss hat einstimmig die kraftvolle Wiederaufnahme der Kongressarbeit beschlossen in der Ueberzeugung, daß Kirche und Volk die Gedanken und Kräfte in den Wirren der Zeit und den Enttäuschungen der Gegenwart nötiger brauchen als je. Das Arbeitsziel bleibt auch unter den veränderten Verhältnissen: einen Sammelpunkt aller derer zu schaffen, die inmitten der Zerrissenheit unserer Tage eine soziale Volksgemeinschaft bauen möchten.

Allerlei

Das 250jährige Jubiläum konnte am 20. April die „Denkmal Zeitung“ begehen.

Billigeres Brot. Nach amtlicher Bekanntmachung wird der Preis für Markenbrot im Kreis Teltow (Brandenburg) um 50 Mark für 1900 Gramm ermäßigt.

Zeitgemäße Wandlung. „Wer hat dich, du schöner Wald, abgeholt und dann verschoben?“

Poincaré beim Photographieren. Poincaré will sich photographieren lassen. Der Photograph vor der Aufnahme: „Alte Herr Ministerpräsident, jetzt bitte recht freundlich! Denken Sie, Sie hätten die Ruhr nie befehlt!“ (Jugend.)

Einem Abgeordneten, der sehr Minister ist, passierte es vor vielen Jahren einmal, daß der die Do-ut-des-Politik, was man sonst Kuhhandel nennt, mit einer sagenhaften Durbezug-Politik verwechselte. (Lateinisch duodecim = zwölf, die Länder der 12 Stämme in Palästina, die nicht groß waren, wozu man Kleinststaaten auch Dodekstaaten nannte).

Die Hundesteuer in Berlin hat der Magistrat auf 24 000 Mark für den ersten, 36 000 Mark für den zweiten, 48 000 Mark für den dritten Hund festgesetzt. Die Hundebesitzer sind außer Rand und Band. In einer Verammlung beschlossen sie, falls die Steuererhöhung nicht rückgängig gemacht werde, mit ihren „Lieblingen“ eine Protestkundgebung vor dem Rathaus zu veranstalten. — Das kann nett werden.

Spielhöfen. Seit die Schutzpolizei aus Essen von den Franzosen verbannt ist, hat sich in der Stadt das Glücksspiel eingenistet. Zuerst wurden in den Straßen meist von Landesfremden Spieltische aufgestellt, die von der Kriminalpolizei entfernt wurden. Dann zogen sich die gewerbsmäßigen Spieler in abgelegene Lokale zurück. In der Altendorfer Straße überraschte die Kriminalpolizei in einer Gastwirtschaft 50 Spieler, darunter mehrere internationale Fallschpieler. Es kam zum Kampf, wobei der größte Teil der Einrichtung zerstört wurde.

Reicher Fund. Beim Abbruch des Anwesens des Dekanaten Josef Ziegler in Kirchheim bei Rempten (Bayern) fand man 90 französische und österreichische Silberstücke aus der Zeit kurz vor dem 30jährigen Krieg. Wahrscheinlich in der Schatz anlässlich der Wirren des damaligen Krieges von seinem Besitzer verscharrt und später vergessen worden. Die Silberstücke haben einen hohen Sammlerwert.

„Das größte Schiff“. Die amerikanische Schiffsahrtsgesellschaft „United States Lines“ erließen vor einigen Tagen in London eine Erklärung, derzufolge ihr Dampfer „Leviathan“ auf Delheizung umgebaut worden sei und dabei eine Vergrößerung des Schiffsraums um 5674 Tonnen erfahren habe, so daß er nunmehr statt 54 282 Tonnen 59 956 Tonnen aufweist, und damit 3000 Tonnen mehr als irgendein anderes Schiff. Der Dampfer führt 10 000 Tonnen Del und verbraucht voraussichtlich 1000 Tonnen täglich bei einer Geschwindigkeit von 24 bis 25 Knoten. Er wird von Newport am 4. Juli in See gehen und eine Anzahl amerikanischer Kabinetsmitglieder, Senatoren und Kongressleute als Gäste an Bord haben. Daß der „Leviathan“ ehemals „Waterland“ hieß und dem Bremer Lloyd gehörte, wird in der Erklärung nicht mitgeteilt.

Tollkühn. Ein 15jähriger Buchdruckerlehrling und ein 16jähriger Schmiedlehrling bestiegen am Sonntag von außen den Münsterturm in Freiburg i. B. bis zur Spitze und kehrten auf dem gleichen Weg zurück. Der Vorgang veranlaßte einen großen Menschenauflauf.

Die verschwundenen Akten. Fortgesetzt verschwanden in den Büros zweier Rechtsanwälte in Erfurt Notariats-, Nachlaß-, Prozeß- und andere Akten. Schließlich kam man der fatalen Angelegenheit auf die Spur. Frau Friederike Hollwedel geb. Ventfeld, die in den Büros als Aufsichterin beschäftigt war, hatte die Akten im Gesamtgewicht von 20 Zentnern beiseite geschafft und nach Entfernen der Deckel als Altpapier (1) verkauft. In Anbetracht des großen Vertrauensbruchs wurde die Aufsichterin von der Erfurter Strafkammer zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Durch Blühschlag wurde auf dem Gut Groß-Jaschowa (Schwerin) ein Schafstall eingestürzt. 730 Schafe kamen in den Klammern um.

ep. Die Plakatmission auf den Bahnhöfen. Die von Stuttgart ausgehende Plakatmission, die an öffentlichen Plätzen Worte berühmter Männer zum Nachdenken anflößt, hat vom Reichsverkehrsminister Gröner „mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage des deutschen Volks“ die Erlaubnis zum ausnahmsweisen Aushang ihrer Plakate auf den Bahnhöfen ohne Zahlung einer Reklamepacht erhalten. Damit ist der Selbstbestimmung des deutschen Volks ein wertvoller Dienst geleistet.

Soziales.

Wildbad, 23. April 1923

Sitzung des Gemeinderats am 17. April 1923

Kurtage. Die Badverwaltung beschließt, für die Badezeit 1923 folgende Kurtage zu erheben: Für eine 10 Tageskarte (10 Uebernachtungen) in Gruppe Ia 13000 M., in Gruppe Ib 12000 M., in Gruppe II 7200 M. (kleine Kurtagekarte) in Gruppe II 4000 M. (kleine Kurtagekarte), für Monatskarten (30 Uebernachtungen) in Gruppe Ia 36000 M., in Gruppe Ib 30000 M., in Gruppe II 18000 M. (kleine Kurtagekarte), in Gruppe III 10000 M. (kleine Kurtagekarte). Dienstboten bezahlen die halbe Tage der Gruppe III. Von den valutarstarken Ausländern werden Zuschläge erhoben und zwar 150 %, 100 % und 50 %. Im Hinblick auf die ganz beträchtlich gesteigerten Aufwendungen der Badverwaltung für die Kurmusik, das Theater und die Kuranlagen erklärt sich der Gemeinderat mit den vorgeschlagenen Sätzen einverstanden. Als Zuschläge für die Ausländer schlägt er 100 % und 50 % vor. Weiter beantragt er die Einführung einer Tageskarte, da es von den Kurgästen bei der jetzigen Höhe der Kurtage als eine Härte empfunden wird, wenn sie z. B. bei einem nur 3-tägigen Aufenthalt die Kurtage für 5 Tage oder bei einem 6-tägigen Aufenthalt die Kurtage für 10 volle Tage zu entrichten haben. Bürgerernutzung. Da die Waldrechnung für 1922/23 noch nicht abgeschlossen werden kann, kann die Berechnung der Geldentschädigung für die Bürgerernutzung für das Rechnungsjahr 1923/24, der der Reinertragsverlust des Vorjahres 1922/23 zu Grund zu legen ist, noch nicht gefertigt werden. Um die Bürgerernutzungsberechtigten jedoch vor den Folgen der Geldentwertung möglichst zu schützen, soll jetzt schon eine größere Abschlagszahlung auf die Geldentschädigung 1923/24 an die Nutzungsberechtigten gemacht werden. Nach einer vorläufigen schätzungsweise Berechnung übersteigt die Geldentschädigung pro 1923/24 den Betrag von 20000 M. wesentlich. Es wird deshalb beschlossen, an die Nutzungsberechtigten 750 Bürger auf die Geldentschädigung für 1923/24 jetzt schon eine Abschlagszahlung von je 20000 M. zu leisten, hiervon aber die an die Stadtpflege zur Zahlung verfallenen Steuern in Abzug zu bringen.

Kirchen u. h. Die hiesigen Hotelbesitzer und Ärzte haben in der letzten Bodigung den Antrag gestellt, in der Badezeit (vom 1. Mai bis 30. September) die Kirchenuhr mit Rücksicht auf die ruhebedürftigen Kurgäste während den Nachtstunden von 10 Uhr nachts bis morgens 6 Uhr wieder einzustellen, wie dies vor dem Kriege stets geschah. Da die Mehrzahl der hiesigen Einwohnerschaft aber gegen die Abstellung der Uhr während der Nachtzeit ist und man auf diese Stimmung Rücksicht nehmen muß, wird von einer Einstellung des ganzen Schlägers abgesehen, dagegen das zweite Stundenschlagwerk während der Badezeit ausgeschaltet, wodurch keine weiteren Kosten entziehen notwendig sind. Die Belohnung der Leihenträger wird mit sofortiger Wirkung wie folgt festgesetzt: für das Tragen einer Leiche vom Leichenwagen zum Grab je 2000 M., für das Tragen einer Leiche vom Trauerhaus zum Grab je 3000 M. Kathol. Kirchengemeinde. Der kath. Kirchenstiftungsrat bittet um Erhöhung des städt. Beitrags zur kath. Kirchenpflege, nachdem der Beitrag an die ev. Kirchenpflege ebenfalls beträchtlich erhöht worden sei. Es wird beschlossen, den Beitrag der Stadtgemeinde zur kath. Kirchenpflege für die Rechnungsjahre 1922/23 und 1923/24 auf je 25000 M. zu erhöhen. Kleinkinderschule in Sprollenhäuser. Der Kleinkinderschule in Sprollenhäuser wird für die nächsten 3 Monate ein Zuschuß aus der Stadtkasse

in Höhe von 70000 M. bewilligt. **Bergbahn.** Da die der Einwohnerschaft gewährte Vergünstigung der halben Fahrpreise auf der Bergbahn insbesondere von Neuanziehenden mißbraucht wird, indem sie Bergbahnfahrtkarten zu halben Preisen auch für Nicht-Wildbader lösen, wird beschlossen, von jetzt an Einwohnerfahrkarten zu halben Preisen nur noch an Einwohner abzugeben, die nachweisbar ein volles Jahr hier wohnen und Wohnsteuer entrichten. Mißbräuchliches Lösen von Einwohnerfahrkarten von Nichteinwohnern wird künftig als Verzug verfolgt werden. **Straßen nach Kaltenbrunn.** Das Forstamt Meißern teilt durch Schreiben vom 13. April 1923 mit, daß es beabsichtigt, die Nachbarschaftsstraße Sprollenhäuser-Kaltenbrunn (Feldweg Nr. 72) im Laufe der nächsten 3 Jahre neu zu asphaltieren. Das erste Drittel soll heuer und zwar möglichst bald ausgeführt werden. Die Gesamtkosten werden auf 36 Mill. geschätzt. Die hiesige Stadtgemeinde wird um einen Beitrag zu den Kosten ersucht. Da die Straße die Eigenschaften einer Beitragsstraße der Amtskörperschaft Neuenbürg besitzt, kann sich die Stadtgemeinde nur im Einverständnis mit dieser über eine Teilnahme an den Straßenbaukosten entscheiden. Die Stadtgemeinde erklärt sich aber prinzipiell bereit, in Verhandlungen über einen Beitrag zu den Baukosten einzutreten. — Es werden noch Armen- und Verwaltungssachen erledigt.

Die religiösen Feiertage sollen, wie berichtet, nach einem vom Reichsrat angenommenen Gesetzentwurf, in Zukunft auch durch Landesrecht bestimmt werden können. Voraussetzung ist jedoch, daß im ganzen Reich Neujahrstag, Ostersonntag und -Montag, Himmelfahrtstag, Pfingstsonntag und -Montag, erster und zweiter Weihnachtstag und außerdem, soweit es sich um landesrechtlich bei Inkrafttreten der Reichsverfassung anerkannte Feiertage handelt, auch Karfreitag und Fronleichnamstag anerkannt werden. Es ist also z. B. nicht statthaft, diese Feiertage, wie es von den Regierungen in Sachsen und Thüringen versucht wurde, durch landesrechtliche Verfügungen oder Gesetze abzuschaffen. Auf diese Feiertage finden die reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften über Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung Anwendung. Soweit der Bußtag vor dem 1. Januar 1923 bereits landesgesetzlicher Feiertag war, wurde er auf einen Antrag des früheren preussischen Kultusministers Trotz zu Solz in die reichsgesetzlichen Bestimmungen mit 36 gegen 22 Stimmen aufgenommen, der Bußtag ist also ebenfalls reichsrechtlich geschützter Feiertag. Das in Württemberg und in wenigen anderen Bundesstaaten herkömmliche Erscheinungsfest ist landesrechtlicher Regelung vorbehalten.

Von weltlichen Feiertagen wurde der 11. August als Gedenktag der Annahme der Weimarer Verfassung reichsrechtlich festgelegt, der 9. November als Revolutionsfeiertag abgelehnt.

Gewissenlose Gerüchte werden vielfach über die Verteilung der Ruhepense in Umlauf gesetzt, als ob die Gaben solchen zugut kommen, die eigentlich gar keine Ruhe haben, während die wirklich Ruhebedürftigen angeblich leer ausgehen. Es wird davor gewarnt, dem bösen Geschwätz Gehör zu schenken. Die Verteilung liegt in den Händen von Ausschüssen, die alle Gewähr dafür bieten, daß sie den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechend gerecht und billig durchgeführt wird. Lasse sich daher niemand abhalten, sein Scherzstück zum Volkopfer beizutragen.

Eindeckung von Brennstoffen. Da unsere Industrie zur Zeit geringen Bedarf an Brennstoffen hat, kann den Haushaltungen und Gewerbebetrieben nur geraten werden, sich jetzt schon mit Brennstoffen für den kommenden Winter einzudecken.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 21. April: 26 115.10 (25 613.80).
1 Pfd. Sterl. 129.946.—, 100 Doll. Gulden 1 017 550.—, 100 Schw. Franken 474 810.—, 100 Iranj. Fr. 172 567.—, 100 belg. Fr. 149 126.—, 100 Ital. Lire 125 677.—, 100 österr. Kr. 37.05, 100 holländ. Gld. 79 801, 100 poln. Mark 34.50.
Der Wert von 1000 Mark in Pfennigen am 20. April in:

Holland 14, Belgien 48, Norwegen 21, Dänemark 20, Schweden 19, Italien 55, London 15, Neupork 14, Paris 41, Schweiz 15, Spanien 18.

Der Goldankaufspreis der Reichsbank ist durch das Zwischenspielen des Wertschwunms auf die Marktpolizeien nicht aus dem Gleichgewicht gebracht worden. Für ein Zwanzigmarkstück bezahlten Reichsbank und Reichspoststellen wie seit Wochen 85 000 M., für ein Zehnmarkstück 42 500 M. und für fremde Goldstücke den entsprechenden Wert. Reichsbanknoten werden zum 150fachen Betrag des Nennwerts übernommen.

Der Umrechnungskurs für einen Goldfranken ist im Post- und Telegraphenverkehr mit dem Ausland von 4400 auf 6200 M. erhöht worden. Dementsprechend erhöhen sich die Wortgebühren für Telegramme usw.

Reichsbankdiskont: 12 Prozent.

Täglicher Geld: in Berlin 13—20 Prozent.

Lebensmittelkurse: das 369fache des Standards vor dem Krieg.

Die Berliner Handelsgesellschaft erzielte im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Reingewinn von 680 Millionen Mark (im Vorjahr 61,97 Millionen), wovon 400 Millionen in die offene Rücklage fließen. Auf das Grundkapital von 110 Millionen Mark wird eine Dividende von 200 Prozent (i. V. 16 Proz.) verteilt.

Steigerung der Schrottpreise. Auf dem Schrottmarkt macht sich im Zusammenhang mit der neuerlichen Marktschwächung ein Anziehen der Preise bemerkbar. In den letzten Tagen stieg der Preis für Kernschrot von 250 000 M. auf 375 000 M., für Gerbschrot von 300 000 M. auf 600 000 M. und für Hochschrot von 300 000 M. auf 380 000 M. die Tonne.

Wieder erhöhte Nahrungsmittelpreise. Die Vertriebsgesellschaft Deutscher Baumwollnähfabriken (Nähgarnvertrieb) hat laut „Konfektionär“ mit Wirkung vom 19. April 1923 den Aufschlag auf die neuen Grundpreise vom 12. März cr. von 1750 auf 2500 v. H. erhöht.

Weizenmehlpriß der S.O. Mühlenvereingung am 21. April: 210 000 Mark (unv.) für 100 Kilo.

Wärkte

Mannheimer Kleinviehmarkt vom 19. April. (Eig. Dr.) Zuführt wurden: 71 Kälber, 33 Schweine, 1041 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden für das Pfund Lebendgewicht für Kälber 2600 bis 3100 M., Schweine 2700 bis 3300 M., Ferkel und Läufer (das Stück je nach Klasse und Alter) 60 000 bis 200 000 M. Stimmung: Handel mit Kälbern mittelmäßig, geräumt, mit Schweinen mittelmäßig, ausverkauft, mit Läufern und Ferkeln nicht geräumt.

Viehmarktberichte. Auf dem Badolzheimer Viehmarkt wurden bei mittelmäßigem Handel für Ochsen 1,5 bis 3,2 Millionen, für Kühe und Kälberinnen 1,8 bis 2,8 Millionen, für Jungkälber 300 000 bis 900 000 M. bezahlt. Auf dem Schweinemarkt kostete das Paar Läufer 500—700 000 M. und das Paar Ferkel 250—400 000 M. — Auf dem Viehmarkt in Bullenndorf waren die Preise für Ochsen und Kühe die gleichen; dagegen zahlte man für Kälberinnen, Rinder und Jungvieh zum Teil weit höhere Preise und zwar für Kälberinnen bis 4,5 Millionen und für Rinder bis zwei Millionen und für Jungvieh bis 950 000 M. Für Ferkel bis 2,5 Millionen Mark. Das Paar Ferkel kostete 220—380 000 M. und das Paar Läufer bis 480 000 M. — Auf dem Meßkircher Schweinemarkt zahlte man für das Paar Milchschweine 260—300 000 M.

Ferkelmarkt Winnenden, 19. April. Die Zufuhr auf dem Ferkelmarkt betrug: 310 Ferkel, 256 Ferkel, 14 Ferkel, 13 Ferkel, 11 Ferkel, 11 Ferkel, 11 Ferkel, 11 Ferkel. Preis für Ferkel 30—34 000 M., für Weizen 58—63 000 M., für Dinkel 40—43 000 M., für Gerste 43 500 M. und für Roggen 49 000 bis 51 000 M. je der Zentner.

Schweinemarkt Winnenden, 19. April. Dem heutigen Markt waren 85 Stück Milchschweine und 4 Läuferchweine zugeführt. Preis je Stück 150—200 000 M. bzw. 200—300 000 M. Handel lebhaft.

Weinversteigerung. Bei der Versteigerung von 1000er Flaschenweinen und 1921er Fohmelinen in Dürkheim und Forst wurden für ein Fuder (1000 Liter) Fohmelinen 200 000 M. und für ein Fuder Riesling Weizenanbau 200 000 M. erzielt.

Glockentöne

Je älter ich werde, und je mehr mir die Einsicht wächst in das Wesen aller Kunst, um so mehr freue ich mich ihrer, und sie wird mir immer mehr ein wunder schöner Engel, der die Menschen, die eines guten Herzens sind, begleitet und sie oft von ihren allzu schaffigen Pfaden auf sonnige und blumige Stellen führt, wo sie rasten können, und wo die Freude wächst und die Sehnsucht nach dem großen herrlichen Sonnen- und Blumenlande, das denen aufbehalten ist, die seinem wunderbaren, mächtigen Glockentöne folgen. Alle Sonntagskinder hören die Glocke, und Sonntagskinder kann man werden, wenn man reines Herzens wird.

Ludwig Richter.

Untermiete (Astermiete) betr.

Es ist Anlaß gegeben, auf den die Untermiete betreffenden Abschnitt der hiesigen Vollzugsverordnung zum Reichsmietengesetz hinzuweisen:

„Der Zuschlag für die Kosten der laufenden Instandsetzungsarbeiten beträgt (März) 3000 % der Grundmiete, die sich bei stattfindender Untermiete um weitere 50 % der Grundmiete für jeden Untermieter auf die Zeit der Vermietung erhöht. Findet Zimmervermietung an Kurgäste statt, so beträgt der Zuschlag für die Untermiete 50 % der Grundmiete für jedes an Kurgäste zur Vermietung gelangende Zimmer. Dieser Zuschlag ist nur dann zu entrichten, wenn ein Zimmer zusammen mindestens 14 Tage lang vermietet wurde.“ (Die Grundmiete ist die Friedensmiete abzüglich 8 %.)

Den Vermietern und Mietern wird dringend empfohlen, sich über die Höhe der Friedensmiete (Mietzins vom 1. Juli 1914) ohne Inanspruchnahme der Behörden zu einigen. Meist kann sie aus früheren Mietverträgen oder Mietzinsbüchern festgestellt werden oder durch Erkundigung bei früheren Mietern. Wenn nicht, empfiehlt sich stets gütliche Einigung, da die Kosten einer Verhandlung vor dem Mieteneinigungsamt jetzt recht hohe sind.

Stadtschultheißenamt.

Laufende Instandsetzungsarbeiten der Mietwohnungen.

Aus Mietverträgen werden Klagen laut, daß einzelne Vermieter die ihnen nach dem Reichsmietengesetz obliegenden laufenden Instandsetzungsarbeiten nicht vornehmen lassen. Es wird darauf hingewiesen, daß nach § 6 des Reichsmietengesetzes der Vermieter den Instandsetzungszuschlag (ab 1. März 3000 % der Grundmiete) für die laufenden Instandsetzungsarbeiten sachgemäß verwenden und der Mietervertretung auf Antrag die Verwendung der Gelder nachweisen muß. Nötigenfalls sind die Instandsetzungsarbeiten behördlich anzuordnen.

Stadtschultheißenamt.

In Abteilung 4 Oberer Dächlesweg kann vom 24. April ab

S u c h h o l z

geholt werden.

Wildbad, den 23. April 1923.

Städt. Forstamt.

Wir bringen

alle Monat einmal Industrienummern heraus, die in den maßgebenden Kreisen die größte Beachtung erfahren; sie gelangen an unseren großen Abonnentenkreis, der sich über ganz Südwestdeutschland erstreckt, und an viele Groß- und Kleinfirmen unter Kreuzband. Bieten wir damit den Inserenten das beste Werbemittel, so können wir besonders auch mit unserer Spezialbeilage „Auto und Motor“ Industrie und Handel

ständig Aufträge

vermitteln, die für den flotten Geschäftsgang von größter Bedeutung sind. Der Schwäbische Merkur ist stark verbreitet in der gesamten Bäckerschaft, sowie in der Geschäftswelt. Insonderheit sind es die maßgebenden Kreise von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft, die dem allmorgenschen Heimatblatt die größte Beachtung schenken. Verlangen Sie bitte Probennummern und Kostenvoranschlag von der Geschäftsstelle des

Schwäbischen Merkur Stuttgart

Königstraße 20.

Für Hotelier!

Wir liefern laufend

frische Landeier

in Kisten à 500 St. zu kulantem Preisen.

BUSCH & CIE., ULM a. D., Breitgasse 7
Telephon 954

Berein ehemal. Soldaten und Kriegsteilnehmer Wildbad.

Zur Fahnenweihe des Kriegervereins Nischthalder-Oberweiler am 29. April 1923 ist Einladung an uns ergangen.

Teilnehmer melden sich spätestens bis 24. April beim Vorstand August Beckle.

Gewerbeverein.

Die Ausschäßigung muß Umändelhalter auf **Dienstag abend 8 Uhr** (wild. Mann) verlegt werden.

Wasserglas „Frisch“.

Möbelpolitur „Aleva“ und Cremefarbig, säßig und in Beutel.

Med.-Drog. A. & W. Schmit.

Mietverträge, Schuldscheine, Zahlungsbefehle, Lehrverträge

sind am Lager

Buchdruckerei Wildbader Tagbl.